



Landtagswahlen

Die CDU steht vor hohen Verlusten in den Ländern. Das schwächt auch Kanzlerin Merkel. **Seite 10**

dpa

Börsentäglich top informiert.

Lieferung bequem frei Haus. Pünktlich zum Frühstück.

Jetzt sichern



angebot.handelsblatt.com

ANZEIGE

ANTHONY GARDNER

„Wir machen Fortschritte“

Washingtons Botschafter bei der EU will TTIP besser erklären.

TTIP infrage und lehnt eine Light-Version ab.



Demo in Berlin: Auch viele Deutsche sind skeptisch gegenüber dem geplanten Freihandelsabkommen.

Caro / Schwarz

Für das vielerorts unbeliebte Freihandelsabkommen TTIP ist Gardner nach der zwölften Verhandlungsrunde auf Überzeugungstour in Deutschland unterwegs. Auch im Gespräch in der Handelsblatt-Redaktion in Düsseldorf ist dies eines seiner Herzenthemen.

Herr Gardner, warum ist der Widerstand gegen TTIP gerade in Europas größter Exportnation Deutschland so groß?

Das hat uns anfangs auch überrascht. Das Land dürfte mehr als jede andere europäische Volkswirtschaft von TTIP profitieren, das zeigen alle Statistiken. Und Europa braucht das Abkommen als Wirtschaftsstimulus ohne neue Schulden. Aber ich verstehe, warum es Sorgen gibt - nicht nur gegenüber den USA, auch gegenüber Eliten, Brüssel, Regierungsapparaten und großen Projekten, die das Leben der Leute ändern. Doch lassen Sie uns die Fortschritte sehen.

Die da wären?

Als ich vor zwei Jahren nach Brüssel kam, haben wir über fast nichts anderes als Datenschutz gesprochen. Jetzt haben wir gerade das Datenschutzabkommen unterzeichnet. In der zwölften TTIP-Verhandlungsrunde haben wir signifikante Fortschritte in regulatorischen Bereichen erzielt. Wir haben substanzielle Vorschläge unterbreitet für Bereiche wie geistiges Eigentum, Zoll- und Handelserleichterungen, Arbeit oder Umwelt. Und bei den Schiedsverfahren zum Investorenschutz legt sich die Aufregung. Wir glauben, wir haben eine Chance, das Abkommen vor dem Ende der Amtszeit der derzeitigen US-Regierung abzuschließen - also vor dem 20. Januar 2017, Mittagszeit.

In der deutschen Bevölkerung hat sich aber eine emotionale Abwehrhaltung gegen TTIP gebildet. Wie wollen Sie die Gemüter beruhigen?

Wir müssen hier einen besseren Job machen, indem wir anders über TTIP reden - weniger mit Statistiken, sondern über Beispiele. Gestern habe ich Pfeilring in Solingen besucht. Der Geschäfts-

führer sagt, dass er klar von TTIP profitieren würde. Und das ist nur eine von vielen deutschen Mittelstandsfirmen. Im Moment zahlt Pfeilring sieben Prozent Zoll auf seine Scheren und andere Produkte, die es in den USA verkauft, und muss zudem die Produkte doppelt zertifizieren lassen. Es stimmt nicht, dass TTIP nur großen Unternehmen hilft.

Unterstützt die deutsche Politik TTIP ausreichend?

Definitiv. Wir fühlen uns gut mit der Unterstützung, die wir hier bekom-



Wir müssen hier einen besseren Job machen, indem wir anders über TTIP reden - weniger mit Statistiken, mehr mit Beispielen.

men. Auch über den Europäischen Rat. Aber diese Unterstützung auf höchster Regierungsebene muss jetzt durchsickern auf die Wirtschaftskreise, vor allem die mittelständischen Unternehmer. Sie müssen ihren Beschäftigten erklären, warum sie den Deal begrüßen sollten. Vielleicht ist es das, was bisher gefehlt hat.

Und der Vizekanzler?

Der ist auch sehr unterstützend, er hat seine Meinung geändert, etwa zu den Schiedsverfahren zum Investorenschutz. Die EU-Kommission hat da ja gerade ihre Vorschläge vorgelegt.

Demnach soll ein System öffentlicher Gerichte für Investitionsschutzklagen zuständig sein. Wird die US-Seite die Vorschläge akzeptieren?

Das kann ich noch nicht sagen. Wir haben sie

ja erst vor einigen Wochen erhalten und schauen sie uns gerade genau an. Aber es ist ein signifikanter Schritt nach vorne.

Was ist Ihrer Ansicht nach die größte Herausforderung für Europa - Grexit, Brexit, Flüchtlinge?

Das größte Problem ist fehlende Solidarität. Das EU-Projekt, die EU-Institutionen können nur funktionieren, wenn es das Gefühl eines gemeinsamen Zwecks und gegenseitiger Solidarität und Verantwortung gibt. Das aber ist bedroht. Wir hoffen in den USA wie in Europa, dass der Gedanke gemeinsamer Solidarität anhält in dieser Zeit der Bedrohung. Mitglieder können nicht länger Nutznießer von Solidarität sein, ohne sie zu zeigen.

Zurück zu TTIP: Weder von demokratischen noch von republikanischen Bewerbern für die Präsidentschaftskandidatur kommt derzeit viel Unterstützung für den Freihandel ...

Ich kann nicht darüber spekulieren, wer nach dem 20. Januar im Weißen Haus sitzen wird. Aber wenn Hillary Clinton gewinnt, können wir recht sicher sein, dass sie den Freihandel und TTIP unterstützen wird - wie sie es zuvor getan hat. Und die Republikaner sind traditionell für Freihandel. Mit Stimmen der Republikaner kam das transpazifische Abkommen TPP und das Handelsmandat für den Präsidenten durchs Parlament. Das sollte uns beruhigen.

Also glauben Sie auch an Fortschritte unter einem neuen Präsidenten?

Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, dass eine Regierung die Freihandelsverhandlungen ihrer Vorgängerregierung übernimmt. Allerdings würde es lange dauern, bis das Thema oben auf der Prioritätenliste steht. Deshalb ist es zentral, dass wir maximalen Fortschritt bis Januar erzielen.

Wie ist es, ein Land zu vertreten, dessen republikanischer Kandidat Mauern zu Mexiko bauen will, Europa als sozialistisch anprangert und auch sonst nur provoziert?

Das Einzige, was zählt, ist, was am Wahntag passiert. Die USA und Europa haben derzeit das gleiche Phänomen: Geschätzt 20 bis 25 Prozent unserer Bevölkerung in den USA fühlen sich frustriert, allein gelassen und abgehängt von der Globalisierung. Und sie haben nicht den Eindruck, dass die Politiker ihnen zuhören. Winston Churchill hat einmal gesagt: Man kann sich darauf verlassen, dass die Amerikaner das Richtige tun - nachdem sie jede andere Alternative ausgereizt haben.

Herr Botschafter, vielen Dank für das Gespräch.

Aufgezeichnet von **Nicole Bastian**.



VITA ANTHONY GARDNER

Das Amt Seit März 2014 ist Gardner US-Botschafter bei der EU in Brüssel. Unter anderem durch eifriges Spendensammeln im zweiten Obama-Wahlkampf hatte er sich empfohlen - und mit seiner Leidenschaft für Europa.

Die Jobs Seine juristische Karriere nach dem Studium startete Gardner bei der EU-Kommission in der Generaldirektion für Wettbewerbsaufsicht. Viele Jahre arbeitete er für die Bank of America und GE Capital.

mauritius images

MITTELSTAND

Schadet Freihandel kleinen Firmen?

Brüssel: TTIP erleichtert Marktzugang.

Nicht alles von TTIP ist schlecht - der Abbau von Bürokratie und Doppelbelastungen für Firmen wäre sicher sinnvoll“, sagt Ulrike Saade. Gleichwohl hat die Geschäftsführerin der Velokonzert GmbH eine Initiative kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) gegen das Freihandelsabkommen mit initiiert. 2312 kleine Firmen haben den Aufruf inzwischen im Internet unterzeichnet. Deren Sorge: Was bei TTIP verhandelt würde, nutze vor allem den Interessen von Konzernen. Diese würden mit besserer Kapital- und Personalausstattung Mittelständler vom Markt verdrängen. Und es drohten weitere Gefahren.

Beispiel Bier: Wenn mit TTIP die Gentechnik in Deutschland Einzug halte, bedrohe das das Geschäftsmodell einer ganzen Branche, warnt Gottfried Härle, Chef der Bierbrauerei Clemens Härle. Doch birgt TTIP für viele der kleinen und mittelständischen Unter-

nehmen tatsächlich mehr Risiken als Chancen? Die Brüsseler Behörde tritt diesen Sorgen entgegen.

So kam die Kommission in einer Untersuchung zu den Auswirkungen von TTIP auf den Mittelstand zu dem Fazit, das Abkommen könne sehr wohl positive Effekte entfalten und Chancen für die Erweiterung von Geschäftsfeldern bieten. Tendenziell tue sich der Mittelstand in den Vereinigten Staaten nämlich schwerer als global agierende Konzerne.

Ein übergreifendes Handelsverständnis und gemeinsame Produkt- und Qualitätsstandards trügen dazu bei, dass für kleine Firmen die Markteintrittsschwelle sinke und sie Kosten reduzieren könnten. Denn: „Für kleinere Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks können nichttarifäre Hemmnisse eine überproportionale Belastung darstellen“, so die Kommission. Die 150 000 KMUs in der EU stehen für gut ein Viertel der europäischen Exporte in die USA. Thomas Ludwig